

Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verlagsstelle: Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 22

Berlin, den 28. Mai 1927

2. Jahrgang

Der Börsenkrach.

Der 13. Mai ist für die deutschen Börsen zu einem schwarzen Freitag geworden. Seit Anfang 1926 waren die Kurse ununterbrochen in die Höhe gegangen. Der Aktienindex war vom 1. Januar 1926 bis zum 9. Mai 1927 von 100 auf 272 gestiegen. Wesentliche Rückschläge gab es in dieser Zeit nicht. Ungeheure Gewinne flossen den Aktienbesitzern zu, denen doch allmählich unheimlich zumute wurde. Der 12. Mai brachte dann die ersten Vorboten der Krise. Am 13. Mai brach das ganze Kursniveau ein. Niedrigste von 20 bis 40 Proz. bildeten die Regel. Einzelne führende Spekulationspapiere verloren bedeutend mehr. So gab Glanzstoff um fast 150 Proz. nach, Schultze 80 Proz. Der Gesamtaktienindex sank von 272 am 9. Mai auf 243 am 14. Mai, also um etwa ein Zehntel. Da die Aktien der 861 Gesellschaften, die Ende März 1927 an der Berliner Börse notiert wurden, einen Kurswert von rund 20 Milliarden besaßen, betrug die Wertminderung allein für diese Börse etwa 2 Milliarden. Man kam einer Panikstimmung nahe. Angstliche Gemütszustände schon eine neue Inflation oder glaubten die Davesstellungen gefährdet. Inzwischen hat sich die Lage ziemlich geklärt. Fast sämtliche Kurse haben sich etwas erholt. Die Börse wird einen empfindlichen Spekulationsverlust zu tragen haben. Für die Gesamtwirtschaft ist dagegen nichts zu fürchten.

Ueber die Ursachen der Krise sind die Meinungen noch geteilt, und werden es wahrscheinlich bleiben. Jedenfalls handelt es sich nur zum Teil um volkswirtschaftliche Gründe, zum Teil um ein gerisses Börsenmanöver.

Schon seit Wochen macht sich in Deutschland eine ziemliche Geldknappheit fühlbar. Am Mittwoch, den 11. Mai, ersuchten die Vertreter der zur Stempelvereinigung zusammengeschlossenen Berliner Großbanken den Reichsbankpräsidenten Schacht um eine Erhöhung des Reichsbankdiskontes von 5 auf 6 Proz. Durch diese Maßnahme sollte der Zustrom ausländischen Geldes vermehrt werden. Schacht lehnte ab und schlug stattdessen eine Einschränkung der Spekulationsgelder vor. Die Banken beschloßen dann tatsächlich eine Kürzung der Reportgelder um 25 Proz. Der Spekulation, die ja größtenteils mit geliehenem Geld arbeitet, wurden dadurch etwa 1,5 bis 2 Milliarden flüssige Mittel entzogen. Das bedeutet Zwang zu großen Verkäufen, denen keine Ankäufe gegenüberstehen. Damit war die Krise fertig.

Die Geldknappheit, die zu den erwähnten Maßnahmen führte, ist in erster Linie auf die Verringerung der Konjunktur zurückzuführen. Die Zahl der unterstützten Vollerwerbstätigen war von Anfang Januar bis 15. April von 1.745.000 auf 987.000 und 241.000 Arbeitsunterstützte gesunken. Die stärker in Gang gekommene Wirtschaft brachte also mehr Betriebsgelder und entzog sie dem Markt. Dann mußte ein beträchtlicher Einflußüberschuss in Devisen abgedeckt und die steigenden Reparationsverpflichtungen erfüllt werden. Schließlich hat die Währungsnotlage einen großen Teil der flüssigen Mittel zu Exportzwecken abgezogen. Der Entschluß des Reichsbankpräsidenten, eine Diskonterhöhung zu vermeiden, auch wenn eine starke Einschränkung der Reportgelder erforderlich würde, ist durchaus zu billigen. Die Diskonterhöhung hätte die Produktion im allgemeinen verteuert und die beginnende Verringerung der Nachfrage im Keime erstickt. Die Kreditbeschränkung dagegen hat lediglich zu einem Nachlassen der Heberveinführung geführt und der Wirtschaft beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt, die sie unter anderen Umständen teuer aus dem Auslande hätte beziehen müssen.

Freilich gibt es daneben auch noch eine andere Ursache. Die allzu rasche Verzichtswilligkeit der Banken zur Kreditbeschränkung hat auf die Möglichkeit ihres Beschlusses wurde verdächtig. Dazu kommt, daß die Banken in den Tagen unmittelbar vor dem Kurssturz einen großen Teil der in ihrem Besitz befindlichen Aktien abstießen und wahrscheinlich auch noch durch Streikmänner verkaufen ließen. Ihr eigener Schritt, die Reportgelderbeschränkung, muß ihnen selbst also gar nicht so überraschend gewesen sein. Selbstverständlich wurde er unter dem Deckmantel volkswirtschaftlicher Erwägungen gemacht, wie es ja bei jedem Schritt der Kapitalisten, auch wenn sie sich gegenseitig die Taten leeren, üblich ist. Ohne Zweifel haben nicht die Großbankiers, die selten herbeizufallen, sondern die kleineren Kreise am meisten gelitten. Man wird sie von der Meinung, daß sie Opfer eines Börsenmanövers geworden sind, kaum abbringen können.

Die Börse hat sich in den letzten Tagen wieder beruhigt. Weitere Rückschläge sind kaum zu befürchten. Das gegenwärtige Kursniveau ist, nachdem die Spekulationspapiere abgebrochen wurde, an sich gesund. Die Steigerung um fast das Zweifelhafte seit Anfang 1926 ist ganz natürlich erklärbar. Zunächst war damals, noch unter dem Einfluß der großen Geldknappheit der Stabilisierungskrise, der Wert der Aktien tatsächlich nicht erreicht. Ferner sind in der Zwischenzeit die Erträge gestiegen und der allgemeine Ansehensverlust. Der Diskont der Reichsbank ist von 9 Proz. im Jahr 1925 auf 6 Prozent herabgesetzt worden. Der Kurswert der Papiere steigt aber im gleichen Verhältnis, wie der Ertrag und im umgekehrten Verhältnis wie der Zinsfuß.

So erklärt sich auch, daß der Rückschlag gegenüber der vorhergehenden Steigerung nur gering war und sich aufzuheben wurde. Besonders beweisen die großen Auslandsankäufe, die fort einziehen, daß man die allgemeine Lage günstig beurteilt. Die Börsenkrise dürfte sogar, da sie einen Teil der Spekulationsgelder der Industrie zuleitet, die Produktion günstig beeinflussen. Dr. Seidenreich.

Gewerkschaftliche Agitation bringt Erfolg!

Bei uns geht es mit der Zahlstelle tüchtig vorwärts. Wir machen Hausagitation und gewinnen dabei von Woche zu Woche Mitglieder. Schick uns von Nr. 14 noch 30 Stück „Keramischer Bund“ und ab Nr. 15 insgesamt 270 Stück. — Komme mit den letzten bestellten Zeitungen nicht mehr aus. Infolge unserer erfolgreichen Hausagitation benötige ich 50 Stück mehr, also insgesamt 550 Stück. — Da unsere Zahlstelle an Mitgliedern gewachsen ist, brauchen wir künftig 60 Stück „Keramischer Bund“. — Da sich unsere Zahlstelle durch Neuannahmen in einer Mengelei vergrößert hat, reichen 60 Stück nicht mehr aus. Wir brauchen nun 80 Stück Zeitungen. — Ich bitte, die Zahl der Zeitungen („Keramischer Bund“) um 50 Stück zu erhöhen, da wir durch den Streik die ganzen Unorganisierten erfasst haben. Wir wollen auch in den unorganisierten Ziegeleien noch einen Vorstoß machen und brauchen ein paar zur Werbung.“

So und ähnlich begründen viele Zahlstellen in den letzten Wochen von Mitgliederzunahme. Das ist ein sehr günstiges Zeichen.

Wie sich die Tätigkeit der Zahlstellen in der Zeitungsauflage auswirkt, dafür einige Zahlen. Als der „Keramischer Bund“ zum ersten Male erschien, hatte er eine Auflage von 163.000. Diese Zahl erhöhte sich in den ersten Monaten auf 175.000. Dann kam ein Rückgang ein, der zu der niedrigsten Auflage von 163.000 führte. Aber seit dem Einsetzen der Lohn- und Tarifbewegungen Anfang Februar dieses Jahres geht es tüchtig vorwärts. Die Monate Februar, März und April brachten uns eine Vermehrung um 22.000, d. h., wir brachten zum Anfang des Mai 185.000 Zeitungen zum Verkauf. Damit sind wir noch nicht am Höchstmaß angelangt. Die Neubestellungen laufen auch im Mai erfreulicherweise weiter ein. Mit dieser Nummer wird eine Auflage von 187.000 erreicht.

Daraus geht sehr deutlich hervor, daß wir marschieren, uns kräftig vorwärts und aufwärts entwickeln dank der Tätigkeit unserer Agitatoren.

Alle Berufe sind daran beteiligt. In den uns zustehenden Industrien, der Grobkeramik, des Glases und des Porzellans, gewinnen wir neue Streiter. Gebiete mit Safforbetrieben holten zu 100 und mehr Prozent auf. Aber auch in anderen Werken konnten vorhandene Lücken wieder aufgefüllt werden. In der Porzellanindustrie gab die Aussperrung einen Anstoß zum Wiederanschluß an die Organisation. Die Unorganisierten mußten dort einsehen, daß die Unternehmer im Entscheidungskolle keine Rücksicht auf sie nehmen. Unzweifelhaft brachte auch

die Verringerung des Arbeitsmarktes einen Zustrom an Mitgliedern für die Gewerkschaften.

Die besten Erfolge, das geht aus den Meldungen ohne Zweifel hervor, brachte die Hausagitation. Sie ist immer noch das bewährteste Mittel bei der Werberätigkeit unserer pflichterfüllten Kollegenschaft und empfiehlt sich von selbst. Wo sie für die Werbung neuer Mitglieder möglich ist, sollte ihr freies der Vorkzug eingeräumt werden.

Die aufgewendete Mühe unserer unermüdbaren Werber, ihre Opferwilligkeit, ihr gewerkschaftliches Bistandestun brachte also einen nicht zu unterschätzenden Erfolg. Ihnen sei Dank! Die Arbeit für den Verband lohnt sich. Sie kümmerte sich zu einem Mitgliederzuwachs von 22.000.

Wollen wir dabei stehen bleiben? Wohl haben wir uns zum Ziel gesetzt, alle Arbeiter in den uns zustehenden Industrien dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, zuzuführen, aber es könnte als nächste Parole gelten: Gewinne noch 15.000 hinzu, damit in den nächsten Wochen die Zahl 200.000 erreicht wird. Derzeitige sind noch genug vorhanden. Nicht siecht! Die Kampfstrategie muß sich mehrern.

Der Beitritt zum Verband lohnt sich stets. Der damit erzielte Gewinn ist bedeutend höher als die gebrachten Opfer. Die Erfolge der letzten Monate beim Abschluß der Tarife sind der untrügliche Beweis dafür. Uns auch dabei keine Ruhe, bis das Handeln der Erfolge mit sich brachte. Dieser wird noch größer, wenn noch recht viele von den Nichtorganisierten den Gewerkschaften zugeführt werden. Wenn alle Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich handeln, sich ihren freien Organisationen anschließen, sich einen Nachhelfer schaffen, ihre Einzelkämpfe vereinen und gewählten Vertrauensmännern in die Hände geben, dann bleiben die günstigen Resultate nicht aus. Das den Unorganisierten zur Beachtung!

Nun an zu weiterer Werberarbeit! Der erzielte Fortschritt muß anspornen. Wir können weiter von froher Zuversicht erfüllt sein. Wir entwickeln uns: erzieht sich und gewinnen an gewerkschaftlicher Kraft. Wir folgen an Zahl und Macht. Unser Rückhalt mehrert sich.

Auf, Arbeitermänner, schließt die Reihen. Die Trommel ruft! Die Banner wehen!

Lacht nicht noch in der Agitation! Müßt zum Kampf!

Die Kohlenpreiserhöhung abgelehnt.

Die Kohlenbarone haben bekanntlich beschlossen, die Kohlenpreise um 7 1/2 Proz. zu erhöhen. Sie begründeten ihre Maßnahme mit den erfolgten Lohnsteigerungen. Die Belasten den Preis eine Tonne Kohle nach den Angaben der „Bergwerkszeitung“ um 50 Pf. In Wirklichkeit sind es nicht ganz 40 Pf. Die 7 1/2prozentige Preiserhöhung würde aber bei dem amtlichen Preis von 16,50 Mk. die Tonne 1,20 Mk. ausmachen, so daß die Grubenunternehmer einen Extraprofit von 80 Pf. für sich herauszuschlagen würden.

Die Verarbeiter, die im Jahre 1926 infolge des englischen Bergarbeiterstreiks außerordentliche Gewinne einflecken konnten, bekamen Appetit auf höhere Gewinne. Da diese für sie das A und O ihrer Wirtschaftspolitik sind, nehmen sie die volkswirtschaftlich notwendigen Lohnsteigerungen zum Anlaß, um ihre Forderungen auf Preiserhöhung zu begründen. Sie lassen dabei ganz außer acht, daß sich ihre Selbstkosten erheblich verminderten, und zwar infolge Steigerung des Vorbehalts von 1025 auf 1147 Millionen seit dem Januar 1926, infolge Auswirkung der Mechanisierung. Es verminderten sich ferner die Lohnkosten pro Tonne, die Gehaltssteuern, Soziallasten, Steuern, Generalkosten, Rinken und die Kosten für Materialien. Aber all die Vorteile wollen die Grubenbesitzer als Extragewinne in ihre Tasche fassen. Das Argument der Lohnsteigerung ist zu schön und läßt sich so gut verwenden, noch dazu, wenn ein weiterer Extraprofit von 80 Pf. pro Tonne noch darin enthalten ist.

Die Leute wissen zu rechnen, das muß ihnen der Reiz lassen. Nur hätten sie auch etwas bedenken sollen, daß eine Kohlenpreiserhöhung der Anlaß zu weiteren Verteuerungen ist. Sie haben das unterlassen.

Der Reichskohlenrat, der sich in seiner Sitzung vom 18. Mai mit den Preiserhöhungsanträgen des Ruhrkohlenlandrats und der mitteldeutschen und ostfälischen Braunkohlenlandrats befaßte, konnte sich nicht entschließen, einer Preiserhöhung zuzustimmen.

Die Preiserhöhung für den Hausbrand (Briketts) soll von zwei Ausschüssen eingehend nachgeprüft werden.

Wenn damit die Kohlenpreiserhöhung abgelehnt ist, kann man sagen, daß der deutschen Wirtschaft ein Dorn entfernt wurde. Die Unternehmer des Kohlenbergbaues werden von diesem Reichlich nicht besonders erbaut sein und werden versuchen, dennoch ihre Wünsche zum Durchbruch zu verhelfen. Aber für eine Zeit hat der Besatz des Reichskohlenrats Geltung.

Regierende Brotverteuerer.

Als Lindenburg zum Reichspräsidenten gewählt wurde und später, als die Deutschnationalen in die Regierung kamen, ging ein Aufkommen durch die Reihen der Nationalen. So manchen Profetiarier in jenen Kreisen hörte man freudig juchzen: Nun wird's besser!

Von den vielen Hoffenden auf Vetterwerden sind heute noch Tausende erwerbslos — mancher hat zum Strich gezogen — und die noch Lebenden müssen die Wahrnehmung machen, daß es statt besser schlechter, teurer und schlimmer wird. Die Weizen steigen. Die Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel erhöhen sich im Preis erheblich. Rad mit jedem Tag geht's damit weiter aufwärts.

Gegenwärtig hetzen die Getreide- und Mehlpreise ins Unermehliche und die anderen Lebensmittelpreise folgen. Seit dem Wirtschaftsjahr 1926/27 schauerten sich die Weizenpreise von 170 auf 270 Mk. Der Großhandelsindex für Weizensteife stieg in den letzten Tagen von 134,9 auf 157,8 und der für pflanzliche Nahrungsmittel von 157,4 auf 169. Das wird in den nächsten Wochen so weiter gehen.

Und woher kommt es? Weil die Regierung und die sie führenden Parteien diese Entwicklung fördern und ihr nicht entgegenritt. Sie erhöhte den Weizen von 16 auf 12,50 Mk. Sie läßt Roggen, trotzdem in Deutschland Roggen fehlt, ruhig ins Ausland verkaufen, weil er z. B. in Polen noch teurer bezahlt wird. Sie hat die zollfreie Getreideeinfuhr auf nur 100.000 T. begrenzt, was die deutschen Verbraucher gefährdet werden. Sie tut das, weil einige Großlandwirte, Getreidehändler und Vorkaufleute Ruhe davon haben.

Um das Wohl der Millionen deutschen Verbraucher kümmert sich diese Regierung nicht im geringsten.

Man kann sie ruhig die Regierung der Brotverteuerer nennen, denn ihre Taten hatten zur Folge, daß den arbeitenden Arbeitern, Angehörigen und Beamten die Lebenshaltung enorm verteuert wurde.

Höchste Zeit ist es, daß die arbeitenden Volksschichten die Tätigkeit der regierenden Leute und Parteien durchschauen und bei den nächsten Wahlen mit dem Stimmzettel anders entscheiden.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Nehmt die bitteren Lebensbedingungen dieser Regierung nicht so stillschweigend hin, protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Verschlechterung eurer Lebenshaltung.

Höhere Massenkaukraft bringt Gesundung der Wirtschaft.

Waren sind genug vorhanden, Bedürfnisse noch viel mehr. Jede Arbeiterfamilie müßte jährlich einige hundert Mark mehr Einkommen haben, um die notwendige Menge zu kaufen. Sie kann es nicht, weil das Geld zum laufen steht. Geschäftleute und Fabrikanten empfinden das auch, aber sie tun nichts, um die Kaukraft der Massen zu heben. Sie schimpfen höchstens noch über die „hohen“ Löhne und Gehälter, die lange nicht ausreichen, ihre Waren zu verkaufen. Drum wird es höchste Zeit, daß hier und da einer im bürgerlichen Lager die Dinge richtig sieht und in seinen Kreisen für die volkswirtschaftliche Notwendigkeit der Hebung der Massenkaukraft eintritt. Ein erkennender Mann dieser Art ist Dr. Kris Karb, der im „Wirtschaftsdienst“ Nr. 14 seine Gedanken in folgender Weise formuliert:

„Einem von politischen Bestrebungen und albergebrachten Lehrrichtungen entblödet, sagen wir „außerparlamentarischer“ Beobachter unseres europäischen Wirtschaftens würde wohl in erster Linie auffallen, daß wir über gefüllte Marktlager und Speicher verfügen, daß die zum Teil aus der besten rationalisierten Betriebe zu lauter geachteten Leistungen besteht und daß die Welt in der Lage ist, die Produktion zu steigern. Die Produkte unseres Wirtschaftens nicht absetzen vermögen, weil ein im Verhältnis zu den anfallenden oder noch anfallenden notwendigen Gütern sehr großer Teil der Kaufkraft fehlt. Die

Die Arbeitslosigkeit in unserer Organisation Anfang Mai 1927.

Die erfreuliche Besserung auf dem Arbeitsmarkte hält an. Sie geht weit über den üblichen jahreszeitmäßigen Konjunkturaufschwung hinaus. Die Zahl der unterkürzten Erwerbslosen sank vom 1. April bis zum 1. Mai von 1.331.000 auf 871.000, das sind 200.000 oder 23 Proz. Die Zahl der Arbeitslosen ist jedoch viel größer. Ihr sind zuzurechnen die von der Krisenfürsorge erhaltene Opfer langjähriger Erwerbslosigkeit, die am 15. April von der Reichsarbeitsverwaltung mit 24.000 festgesetzt wurden, ferner diejenigen, die aus irgendeinem Grunde kein Anrecht auf die staatliche Erwerbslosenerhaltung haben, und deren Zahl von sachkundiger Seite mindestens auf 10 Proz. der Gesamtzahl der Erwerbslosen geschätzt wird. Demnach liegt die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Deutschland immer noch über 1 Million arbeitswilliger Menschen. Wir sind trotz der erfreulichen Besserung des Beschäftigungsgrades noch weit davon entfernt, einen normalen Zustand auf dem Arbeitsmarkte erreicht zu haben.

Der Beschäftigungsgrad in den Industrien unserer Organisationsgebiete hat sich durchweg gebessert. Die Arbeitslosen-Statistik unseres Verbandes für Anfang Mai ergab 575.889 Mitglieder oder 65,5 Proz. unserer Gesamtmitgliedschaft. Davon waren arbeitslos gemeldet 235.89 männliche und 85.99 weibliche, insgesamt 321.88 Mitglieder. Der Rest arbeitete 127.71 Mitglieder, davon 8266 männliche und 1495 weibliche. Von je 100 männlichen Mitgliedern waren arbeitslos 30, weibliche 16,1, insgesamt 23,5. Die entsprechenden Verhältniszahlen für den Vormonat waren 11,2, 11,8 und 11,1; mithin ein prozentualer Rückgang von 2,4 Proz. der Vollarbeitslosen. Die Zahl der verkürzt Arbeitenden sank von 4,2 auf 3,2 oder um 24 Proz. Im allgemeinen liegt der Arbeitsmarkt für unsere männlichen Mitglieder weit besser als für weibliche.

Wie sich der Beschäftigungsgrad in den beiden letzten Monaten in den einzelnen Industriegruppen gestaltet, zeigt folgende Aufstellung:

Von je 100 Mitgliedern

	waren Arbeitslose					
	Ende März		Ende April		insges.	
	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.
Fabrikarbeiter-Verband insgesamt	11,2	11,8	11,4	8,0	10,1	8,5
In der Industriegruppe:						
Chem. Industrie	11,1	13,3	11,9	8,4	10,1	9,1
Papier-Industrie	7,0	3,4	7,3	5,8	8,1	6,1
Kaliumchem.-Industrie	10,2	17,4	12,0	10,6	20,3	13,1
Spiegelwaren u. sonstige	18,9	15,7	17,9	15,9	18,5	15,1
Keramischer Bund insgesamt	11,8	9,0	11,2	6,9	8,6	6,8
a) Porzellan-Industrie	6,2	4,2	5,5	5,1	4,0	4,7
b) Glas-Industrie	11,1	11,2	11,1	8,5	9,1	8,8
c) Grobkeramik	14,9	15,3	15,5	6,8	9,4	7,1

Von den einzelnen Industriegruppen des Verbandes ist die Lage des Arbeitsmarktes am günstigsten in der Porzellan-Industrie mit 4,7 Arbeitslosen und 3,9 a. H. Kurzarbeitern. Ihr steht am nächsten die Papier-Industrie mit 6,1 Arbeitslosen und 3,0 a. H. Kurzarbeitern. Der schlechteste jahreszeitmäßige Rückgang vollzog sich in der Gruppe Grobkeramik und Baukeramik. Die hier die Verhältniszahl für Arbeitslose von 15,5 auf 7,1 und für Kurzarbeiter von 4,5 auf 1,5 a. H. Außergewöhnlich hoch ist immer noch die Arbeitslosigkeit in der Gruppe Spiegelwaren und sonstige Industrien, ferner auch in der Dänischen Glas-Industrie und in der Grobkeramik-Gruppe des Reichsarbeitsministeriums. In der Kaliumchemie-Industrie ist gegenwärtig eine leichte Beschäftigung, insbesondere für Frauenarbeit, eingetreten.

Die Arbeitslosen-Statistik des Verbandes, die gleichzeitig auch eine monatliche Feststellung der Mitgliederzahlen notwendig macht, weist als ein erfreuliches Ergebnis der Rühmlichen Arbeit eine Zunahme von ca. 20.000 Mitgliedern in den Monaten März und April aus.

Lohnverhandlung

Die Tafelglasindustrie.

Am 11. Mai wurde in Offenbach über die gegenseitig eingetragenen Forderungen der Tarifparteien der deutschen Tafelglasindustrie verhandelt. Von unserer Seite wurde eine 12 bis 15-prozentige Erhöhung aller Lohnsätze gefordert. Der Arbeitgeberverband verlangte aus wirtschaftlichen Gründen den gleichen Prozentsatz als Lohnabzug. An diesen unüberwindlichen gegenseitigen Forderungen mußten die Verhandlungen scheitern, trotzdem wir den ernstlichen Willen zur Verständigung auf einer gemeinsamen Grundlinie hatten. Wir begründeten unsere Forderungen mit der allgemeinen Notlage, in der sich die Tafelglasarbeiter infolge Arbeitslosigkeit, Notarbeit und der Lohnverminderung in den letzten Jahren befinden, sowie auch an Hand der eingetragenen Forderung, die allein schon eine Lohnzulage im Betrag von 20 bis 25 Prozent darstellt. Dagegen ist in den letzten Jahren infolge der veränderten Kräfte immer an unserer Entfaltung gehindert worden, und die Kollegen, sowie auch wir selbst mit zunehmendem Alter mühen uns, uns zu erhalten. Es konnte nicht mehr werden, daß wir als Vertreter der Arbeitnehmer der deutschen Tafelglasindustrie in Frage der Durchführung eines gemeinsamen Tarifprogramms, mit dem die Tafelglasindustrie nicht mehr hätte, vieles durch Verhandlungen mit nachsichtigen Verhandlungspartnern hätte erreichen können. Auch in der Frage der Schlußfrist hatten die Einwirkungen der Gewerkschaften nicht ohne Erfolg geblieben. Unsere Verhandlungen in Verhandlungen, sowie auch im Keramischen Bund, daß alle Verhandlungen in den Tarifverhandlungen ihr Augenmerk auf Qualitätssicherung zu legen haben, zeigen sich von wirtschaftlicher Auswirkung. Mit einer Deutlichkeit haben wir der Verhandlungskommission des Arbeitgeberverbandes zeigen müssen, daß wir am Ende unserer Kräfte stehen und nicht länger mitmachen können.

allgemeine Konjunkturkraft liegt in einem Mindermaß zur Produktionskapazität, die bedeutend größer ist als die zu ihrer Veranschaulichung notwendige Konjunkturkraft. Eine stets fortschreitende Erweiterung der Produktionskapazität hat nur dann einen wirtschaftlichen Sinn, wenn vorausgesetzt ist, daß die bisherigen Produktionsmöglichkeiten einer vollen Ausnutzung entgegenstehen. Planlose Erweiterung der Güterproduktion ohne Beachtung der totalen Konjunkturkraft führt zu katastrophalen Folgen führen. Das wird besonders deutlich im Zeitalter der Nationalisierung, weil die Nationalisierung eine Verbindung ist mit der Tendenz der Habituation von Standardwaren, das heißt von Produkten, deren Absatz abhängig ist vom Stande der Weltkonjunktur. Die Frage, ob es wichtiger ist, den Sparmaßnahmen zu folgen, oder erhöhte Güterpreise dem Konsum zuzuführen, beantwortet der Verkäufer folgendermaßen: Da im gegenwärtigen Zeitalter die Produktionskapazität unserer Wirtschaft größer ist als die Produktionsleistung, scheint es wenig Sinn zu haben, durch übertriebenes Sparen neue Kapitalien für neue Produktionsrichtungen zur Verfügung zu stellen und damit der Absatz der ohnehin nicht vollbeschäftigten Betriebe weiter zu fördern. In erster Linie muß unter heutigen Umständen ein Produktionsniveau von der Konsumseite her erfolgen, und erst wenn die Produktionskapazität der Wirtschaft voll ausgenutzt wird, wird es volkswirtschaftlichen Sinn haben, den rückliegenden Teil der Einkünfte auf Kosten des im direkten Konsum nutzenden zu vergrößern, damit der Wirtschaft die zur Erweiterung der Produktionskapazität notwendigen Kapitalien zur Verfügung gestellt werden können. Das aber ist gerade der Sinn der technischen Fortschritte, daß, solange man nicht die Nutzung verweigert, der Anspruch an das Leben, liegen darf und wohl auch liegen muß — im Zeitalter des Massenverbrauchs auch seitens der Massen.

Auf die gütliche Wirkung der gesteigerten Konjunktur hinweisend, führt der Verkäufer weiter an, aber auch auf die Schwere wird verwiesen und angeführt, daß die Schweiz, obwohl sie unter der Einwirkung Europas in tausendfacher Höhe und Produktionskapazität zu leiden habe, gegenwärtig nur 12.000 Arbeitslose zu verzeichnen hat. Eine so günstige wirtschaftliche Lage konnte nur erreicht werden, weil der Innenmarkt während der Zeit während der Exportperiode für über Erwarten befriedigend ist. Eine Hauptursache dieses befriedigenden Innenmarktes sind die im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten relativ hohen Löhne. Diese Lohnannahme in der Zeit während der Exportperiode veranlaßt durch ihre Anregung des Innenmarktes einen Teil des der Wirtschaft durch die ungenügende Außenhandelslage zugehenden Schadens anzulassen. Gätte die Schweiz die Löhne der übrigen Länder überbieten lassen, deren Bestimmungen nach einem Voraussehen der Lohnsetzung vor der Lebensnotwendigkeit gerichtet waren, so würde sie wahrscheinlich heute von einer Krise, und nicht nur von einer Depression, überzogen sein.

Wir haben die wichtigsten Stellen des Artikels im „Wirtschaftlichen“ hier wiedergegeben, weil uns die Beachtung des Verfassers außerordentlich klar und wichtig erscheint. Gerade das schmerzliche Beispiel zeigt, wozu die Stärkung der Massenkonjunktur führt. Die Schweiz hat weder Rohstoffe zur Verfügung, noch wird der Lebensmittelmangel und anderer Gegenstände gedeckt. Dennoch konnte durch verhältnismäßig hohe Löhne eine Krise verhindert werden. Die Schweiz hat eine Größe wie die Stadt Berlin. Wir würde es wirksam sein, wenn das große Industrieland Deutschland eine ebenso günstige Stellung der Massenkonjunktur erhalten würde. Wir glauben, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland ebenfalls ihre Schwere dadurch verlieren würde. Die Gewerkschaftsbewegung ist berufen, diesen Zustand herbeizuführen.

Neue Invalidenversicherungsbeiträge.

Der Reichstag beschloß ein Gesetz über neue erweiterte Beiträge der Invalidenversicherung. Es datiert vom 9. April 1927 und ist in der Nummer 16 des Reichsanzeigers vom 12. April 1927, Seite 8, enthalten. Das Gesetz sieht erhöhte Rentenleistungen vor, die durch neue höhere Beiträge in den vorhandenen Lohnklassen und durch Angliederung einer weiteren Lohnklasse VII aufzubringen sind.

Die Arbeitnehmer im Reichstag versuchten ja, durch Umgestaltung und Reformierung, sowie durch Abschneiden einer Anzahl überflüssiger Posten ohne Beitragserhöhung eine Verbesserung durchzuführen; sie drangen aber mit ihren Forderungen nicht durch.

Nach der Höhe des wöchentlichen Arbeitsverdienstes des Versicherten werden die bisherigen Lohnklassen wie folgt ergänzt:

Klasse	1 bis zu	5 RM.
II	von mehr als 6 bis zu 12	-
III	12	18
IV	18	24
V	24	30
VI	30	36
VII	36	42

Als Nebenbeitrag werden erhoben:

in der Lohnklasse	1 50 Pf.	(steiger 25 Pf.)
II	20	20
III	30	30
IV	40	40
V	50	50
VI	60	60
VII	70	70

Die letzten veränderten Landesversicherungsstellen:

Die neuen Beiträge sind vom Montag, den 27. Juni 1927, ab zu erheben. Die Beitragsbemessung der letzten Lohnklasse VI auf 36 RM. Nebenbeitrag und die Angliederung der neuen Lohnklasse VII für Beschäftigte von mehr als 36 RM. mit dem am 1. Januar 1925 in Kraft.

Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitgeber die Verhinderung der Artikel 1 des Gesetzes, gemäß Invalidenversicherungsgesetz für die Zeit von dem 27. Juni 1927, vom 1. August 1927 ab nach dem neuen Gesetzlichen zu erfüllen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen von Ost, wenn sie nicht über die Verhinderung der Beiträge erzählen, ob die Arbeitgeber auch die Beiträge zahlen. Schon mancher Arbeiter hat von seiner Klasse, weil Arbeitgeber ihre Pflichten nicht erfüllen.

Die Arbeiter!

wie man versucht, systematisch von Verhandlungen zu Verhandlungen das Lebensmoral dem Tafelglasarbeiter zu nehmen. Wenn wir schon die Anwendung im Interesse der Industrie ergehen lassen, Qualitätssicherung zu leisten, so müssen wir aber auch verlangen, daß auch Qualitätssicherung gebahrt werden, denn nur solche können die Arbeitslosigkeit in den Betrieben heben und die Gewähr bieten, daß die Mundblasebetriebe gegenüber der einseitigen Maschinenarbeit noch recht lange konkurrenzfähig bleiben könnten. Die Arbeitgeber verhielten sich trotz unserer ausreichenden Begründungen ablehnend gegen jede Lohn-erhöhung, und wir haben deshalb noch den geachteten Verhandlungen das Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung angewiesen. Unter Vorbehalt des Herrn Dancers der nachfolgende Schiedsspruch gefällt. Aus dem Schiedsspruch ist mit aller Feinheit erkennbar, daß der Vorsitzende der Schiedskommission wohl schon sehr unter dem Einfluß der Mechanisierung in unserer Industrie stand, und er auch deshalb nicht den Worten der Arbeitgeberlicher Gehör schenkte als denen unserer Vertreter in der Schiedskommission. Der gefällte Schiedsspruch muß uns zu mehr Verminderung bei uns erregen, weil doch gerade der Vorsitzende durch mehrere Betriebsbesichtigungen die schwerstarbenden Tafelglasarbeiter bei der Arbeit beobachten konnte und er auch oftmals anlässlich früherer Verhandlungen zum Ausdruck brachte, daß die Lohnsätze der Arbeiter in der Tafelglasindustrie selbstverständlich ganz anders ausgestaltet werden muß, als die anderer Industriezweige. Die Verhandlungskommission hat am Schluß der Sitzung sofort zum Ergebnis des Schiedspruches Stellung genommen und hat einmütig den Schiedsspruch abgelehnt. Die Leitung des Keramischen Bundes hat am darauffolgenden Tage ebenfalls durch Ablehnung des Schiedspruches die Stellung der Verhandlungskommission sowie der Brandenburger unterstügt. Durch die Kurzfristigkeit des Schiedspruches sowie der Arbeitgeberlicher werden Kampfmaßnahmen die unausbleibliche Folge sein. Wir glauben kaum, daß ein Kampf dazu beitragen könnte, der Industrie und ihren Arbeitern jetzt dienlich zu sein und erwarten deshalb, daß die Arbeitgeber ihren Arbeitern in den Betrieben unsere gestellten Forderungen bewilligen werden oder zum mindesten veranlassen, daß weitere Verhandlungen stattzufinden haben. Wir bitten, von nachfolgendem Schiedsspruch Kenntnis zu nehmen.

Schiedsspruch.

1. Die bis zum 30. April 1927 in Geltung gewesenen Tariflöhne werden mit Wirkung vom 1. Mai d. J. bis einschließlich 14. Mai wieder in Kraft gesetzt.

Ab 15. Mai 1927 gilt folgende Lohnregelung:

2. a) Die Tariflöhne für alle Arbeiter, Hafenarbeiter und Schmelzer aller Tarifgruppen werden um 3 Proz. erhöht, ab 1. Oktober 1927 um 4 Proz.

b) Es erhöhen sich die Tariflöhne für die im Zeitlohn beschäftigten Glasarbeiter um 5 Proz., ab 1. Oktober 1927 um 6 Proz., Glasarbeiter um 7 Proz., ab 1. Oktober 1927 um 8 Proz.

c) Die Vergütung für Nebenarbeiten erhöht sich gemäß Abs. 2 dieses Schiedspruches.

d) Für die deutsche Arbeitsweise wird für 12 cm und darüber weite Rollen ein Zuschlag von 1 Pf. pro cm eingebracht. Bereits bestehende höhere Zuschläge bleiben erhalten.

e) Dieser Schiedsspruch ist mit einmonatlicher Frist kündbar, erstmals zum 31. März 1928. Erloßt eine Kündigung nicht, so läuft er mit gleicher Kündigungsfrist um je einen Monat weiter.

f) Die vorstehenden Bestimmungen unter 1 und 2 gelten auch für die Porzellanindustrie.

Den Parteien wird aufgegeben, umgehend in Verhandlungen zu treten über Schaffung einer einheitlichen Tariflöhne für Glasarbeiter einschli. der Gruppe Porzellanindustrie.

Erklärungsfrist der Parteien und mir gegenüber: Nummer 163 RM., bis zum 25. Mai 1927, abends 6 Uhr.

gez.: Dancers.

Schiedsspruch der Gruppe IV. rechtsverbindlich.

Nach mehreren ergebnislos verlaufenen Parteiverhandlungen wurde von den Tarifkontrahenten das Reichsarbeitsministerium zur weiteren Entscheidung in der Streitigkeit angewiesen. Die Schlichtungskammer des Reichsarbeitsministeriums sollte den bereits bekanntgegebenen Schiedsspruch für die Gruppe IV. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab mit dem Bemerkten, daß er untragbar wäre und technisch auch im Betriebe nicht zur Anwendung gebracht werden kann. Auch die Abteilung Glas des Keramischen Bundes wurde daraufhin die Rechtsverbindlichkeit des am 30. 4. 1927 gefällten Schiedspruches beantragt. Dem Antrag ist, wie aus folgender Entscheidung hervorgeht, stattgegeben worden:

Berlin RM. 40, den 17. Mai 1927.

Der Reichsarbeitsminister, Schlichtungsstelle, 55.

Rechtsverbindliche Erklärung des Schiedspruches vom 30. April 1927 im Lohnstreit bei der Weichbleiindustrie, Gruppe IV.

Im Lohnstreit zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Glasfabriken, Gruppe IV, und dem Keramischen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, wird der Schiedsspruch vom 30. April 1927, der unter dem Vorbehalt eines vom Reichsarbeitsminister für diesen Streitfall bestellten Schlichters gefällt worden ist, gemäß Artikel 1, § 6 der Schlichtungsordnung vom 20. Oktober 1923 für rechtsverbindlich erklärt.

S. A. G. Dr. Meves.

Meidet den Betrieb!

Die Belegschaft der Altten-Glaskütte in Louisenthal befindet sich seit dem 18. März im Streik. Der Arbeitgeber behauptet nämlich die Arbeiterzahl mit einem Lohnabzug von 25 bis 32 Proz., den sie nicht so ohne weiteres hinnehmen konnte. In den Betrieben wird nur noch die Vertriebsabteilung aufrechterhalten. Bis jetzt fand sich ein Streikbrecher ein. Er soll schon vor Jahren die Spaltung in die Belegschaft und ist nun selbst morganisiert. Eine neue Partei. Die Arbeiterschaft wird sich hier behaupten müssen.

Der Kampf zeigt wieder einmal, daß es das Beste ist, wenn die Arbeiter einen Rückhalt in ihrem Verband haben. Er bietet Gewähr für den Aufstieg der Arbeiter in den Glasküthen. Darum heißt es, ihn wahren, ausbauen und stärken allerorts.

Differenzen ausgebrochen.

Bei der Firma v. Roncet, Glasküthenwerk in Brand-Erbisdorf, sind ernste Differenzen ausgebrochen. Die Firma sich weigert, eine beachtliche Anhebung und Durchführung der Manteltarifbestimmungen vorzunehmen. Die Firma muß mit Arbeitsangeboten verschont werden. Der Betrieb ist zu meiden! Der zuständige Arbeitsnachweis ist Firma v. Roncet. Kollegen, die das nicht tun, haben die Folgen ihres Verhaltens zu tragen.

Differenzen.

Zwischen der Belegschaft und der Leitung der Glasküthenfabrik Döhrtel sind Differenzen ausgebrochen. Die Belegschaft im Reich mag das beachten!

Keine große Wahrheit, einmal entdeckt, ist wieder verloren gegangen, und keine wichtige Entdeckung ist jemals gemacht worden, die nicht am Ende alles mit sich fortgerissen hätte.

Thomas Theodor Rudolph

Lernt aus dem Kampf.

Durch die Verbindlichkeitsklärung vom 2. 4. 1927 hat der Kampf um Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen in der keramikischen Industrie seinen vorläufigen Abschluss gefunden. Es dürfte angebracht sein, nochmals die tieferen Gesichtspunkte dieses Kampfes zu unterstreichen, um daraus für die Zukunft die nötigen Lehren zu ziehen.

Hast alle deutschen Gewerkschaften hatten in den letzten Monaten schwere Kämpfe zu bestehen. Die Vertreter der Unternehmer, die Wirtschaftskreise zu härtestem Ende auf die Arbeiter zu drücken, zeigten sich vor allem in den Industrien, in denen während der Krise die Produktion zum Erliegen kam, besonders in der Metall- und Textilindustrie, am stärksten. Mit größter Zähigkeit haben die Gewerkschaften die Interessen ihrer Mitglieder wahrgenommen und dadurch manchen schönen Erfolg erzielt.

Wenn die Gewerkschaften den Kämpfen so sicher entgegen gehen konnten, so ist das in erster Linie der inneren Konsolidierung der Bewegung zu danken. Die durch die Inflation bedingte Schwächung ist längst überwunden. Das aggressive Vorgehen vieler Unternehmer beweist jedoch, daß man dort die Selbstbehauptung der Gewerkschaften nicht unterschätze. Man muß sich übermächtig, nicht nur große Anstrengungen und — vor allem — dabei die Hilfe der Träger.

Dieser Tatendrang konnte unmöglich unsere Porzellan-gewaltigen ruhig schlafen lassen. Man wachte doch auch jetzt, was man kann.

Die formale Lösung des Tarifverhältnisses vollzog sich zwar über die Spitze, desgleichen die Einleitung der Verhandlungen. Doch schon beim Beginn derselben zeigten die Herren der weißen Erde ihr wahres Gesicht. Nimm man frühere Nummern unseres Blattes zur Hand, in denen die „Vorschläge“ der Arbeitgeber ausführlich dargestellt sind, so kommt kein anderes Gefühl auf, als Empörung. Die weitherischen Aussagen in der Unternehmerpresse und die „zu Herzen gehenden“ Reden der Syndikalisti. Eine höhere Einsicht, die sich von der Erhöhung der Massenlöhne abhält, die für die innere Belebung des inneren Marktes, der doch für die Porzellanindustrie besonders wichtig ist, notwendig ist, nämlich hinsichtlich der Produktion, ist natürlich dort nicht vorhanden. Diese einfachen volkswirtschaftlichen Erkenntnisse haben diese gelahrten Herren gegenüber wie die Höhe dem Sternenhimmel. Man überläßt es der Arbeiterkraft allein, diese Erkenntnisse in die Tat umzusetzen. Es ist doch in Wirklichkeit so, daß die Gewerkschaften in ihrem Verhalten, die Löhne der Arbeiter zu haben, zugleich der gesamten Volkswirtschaft einen eminenten Dienst erweisen. Die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen bedeutet zugleich Hebung der Volkswirtschaft. Unwillkürlich gewinnen diese Anschauungen auch bei bürgerlichen Volkswirtschaftlern an Boden. Denn ist allerdings der Einfluß der dem sozialen Fortschritt dienenden Kapitalistenkreise nicht so groß, daß sich ernstliche Schritte aus dem bürgerlichen Lager nur ganz geringfügig und schrittweise hervorheben lassen.

Der weitere Verlauf der Tarifverhandlungen ist ja bekannt. Nach einem großen Aufwand an Mühe, Zeit und Geld haben sich unsere Unterhändler gezwungen die ausförmlichen Verhandlungen abzubrechen, das Schiedsgericht zu verlassen, ihr gutes Willen war an den Zusammenstoß der Unternehmervereine gescheitert. An den Ziel waren überhaupt nicht freie Verhandlungen, sondern die Urzweige und — für sie — kämmerliche Diktierung eines Schiedsgerichts mit verschlechterten Bestimmungen. Doch wie es zur Einleitung des in der Sache des Schiedsgerichts kam, sollte erst noch die Probe aus Gremmel gemacht werden. In vielen Fällen waren unsere Kollegen, von prächtigem Kampfgeist befeuert, in den Zustand getreten, um ihre Betriebe bzw. Konzern zum Abbruch annehmbarer Vereinbarungen anzuzettel. Wenn es bei den später im Arbeitsministerium eingeleiteten Verhandlungen gelang, die weitgehenden Verschlechterungsabsichten zu verhindern und in der Frage der Bezahlung eine nicht unbefriedigende Verbesserung zu erzielen, so ist das nicht zuletzt diesem Kampfegeist der Volksgenossen und der Kampfkraft der Gesamtorganisation zu danken.

Hierbei soll festgehalten sein, daß die Durchführbarkeit dieses Kampfes verschiedene Stufen hat, die es in bezug auf die Verschlechterungsträger dort und da noch gab, endgültig von dem Augen der Verhandlung überzogen haben dürfte. Nur jeder einzelnen hat sich dieser Nutzen hier zum ersten Mal offenkundig erwiesen. Dieser Geist der Selbstkritik muß weiter gepflegt werden; dann wird es in Zukunft auch gelingen, gewisse Schichten — wir brauchen nur an die für unsere Porzellaner so wichtige Inlandstränge zu denken — wieder anzuziehen.

Dieser Kampf muß unser Augenmerk gelten! Wir haben alle Ursache, die Entwicklung genau zu verfolgen. Die Porzellanunternehmer und die hinter ihnen stehenden Kapitalisten und Arbeiter, die nicht zu unterschätzen sind. Dazu kommt, daß die Vertrauens- und Fortschrittswirtschaft, selbst Einzelbetriebe, die wirtschaftlich als „Lebend“ gelten, schließen sich enger in die Unternehmerrichtung, indem sie Rückendeckung bei besten Konzernen suchen. Ist dieses Verhalten von allen Arbeitern der Porzellanindustrie zu befeuern? Die Schicht gewisser Unternehmerrichter, die sich im Ernst einbilden, aus irraционаllen Gründen bevorzugt behandelt zu werden, harzt immer noch der Entschlossenheit der Arbeiter, die mit Ungeheurer Arbeit und die für ihre Bestrebungen mit höheren als Tariflöhnen „behalten“, ist bis heute noch nicht erloschen. Dagegen haben die Unternehmerrichter, die sich heute als „Lebend“ gelten, in der Vergangenheit behauptet, indem sie ebenfalls von der Ausprägung herangezogen wurden, die Solidarität der Arbeiter genau zu studieren. Aber an solchen Lehren nicht die einzig möglichen Schlußfolgerungen, denn ist nicht zu helfen.

Auch dem Problem der Nationalisierung ist größte Aufmerksamkeit zu widmen. Woher sollen die Kräfte und der betrieblichen Umformung nur den Unternehmern in den Sägen, völlig zureichend ist für die Formulierung worden, daß nur eine Nationalisierung von Wert für die Arbeiterkraft ist, die sich auch an der Lohnfrage zeigt. Eine Verbesserung der Produktionsmethoden ohne Erhöhung der Kaufkraft ist volkswirtschaftlich wertlos. Nationalisierung hat nur dann einen wirklichen Sinn, wenn es gelingt, neben der Verbesserung der technischen Produktionsmittel auch die menschliche Arbeitskraft voll zu befähigen. Deshalb muß erreicht werden, daß mit der Anwendung eine Erhöhung der Kaufkraft Hand in Hand geht. Und die Gewerkschaften, deren Hauptziel ja vor allem die Erhaltung der wichtigsten, d. h. der menschlichen Arbeitskraft war, werden auch hier die Verwalter sein. Sie werden damit, wie schon bereits erwähnt, auch der Volkswirtschaft den besten Dienst erweisen. Auch alle Bestrebungen, die dahin gehen, durch Abmachungen dem Laus in der Volkswirtschaft zu steuern, müssen die Gewerkschaften unterstützen.

Wohin wir auch blicken, überall sehen wir eine Erweiterung der Aufgaben der Gewerkschaften. Heberall muß im Hinblick auf die Klein- und mittleren Organisationen achtend gearbeitet werden. Dazu ist die Erhaltung und der Ausbau der Verbände dringend notwendig. Immer stärker muß die Rolle dieser wachsen, die den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erfährt haben. Auch die Maßnahmen der keramikischen Arbeiterkraft muß verbessert werden. Der letzte Laus muß in die Reihen dieser Kollegen treten. Dann werden alle mit Interesse und Liebe der Zukunft entgegenzusehen. Und den Unternehmern wird man, falls sie das Bedürfnis zum Abbinden haben sollten, mit Hinweis zeigen können:

„Will der Herr Graf ein Ländlein wegen,
mag erst nur sagen —
wir spielen ihn aus!“

Deutscher Porzellanexport und Inlandsabsatz.

Ueber die deutsche Porzellanproduktion wird keine amtliche Statistik geführt. Was über sie bekannt ist, wird durch den Bericht der Porzellanexportfabriken und dem der Gebrauchs-, Bier- und Kunstporzellanfabriken ermittelt. Von ihnen wird die Produktionskapazität mit ihrer Fabrikationsleistung auf 1924 Tennen im Jahre 1918 und auf 149.000 Tennen gegenwärtig angegeben.

Die erwähnten Zweige der Porzellanindustrie sind mit ihren Exporten für die Hälfte auf das Ausland angewiesen. Der Krieg brachte ihnen erhebliche Markterlöse; aber in den Nachkriegsjahren gelang es, von Jahr zu Jahr den Inlandsabsatz zu steigern. Wie die Entwicklung vor sich ging, zeigt am besten die folgende Tabelle, die nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamtes zusammengestellt ist:

	1926	1925	1924	1923
Porzellan, weiß	16 961	15 681	5 912	5 079
Porzellangeschirre, farbig	694 375	375 085	392 571	331 440
Figuren, Vasen	89 153	30 153	26 674	21 163
Zigarettenstempel u. a.	23 295	21 901	17 280	17 235
465 994	443 353	432 446	374 781	
1922	1921	1920	1919	
dz	dz	dz	dz	
Porzellan, weiß	11 590	9 930	10 715	22 812
Porzellangeschirre, farbig	264 686	110 492	131 45	352 173
Figuren, Vasen	19 441	9 550	16 13	71 758
Zigarettenstempel u. a.	17 583	4 176	8 768	36 238
303 222	139 148	167 401	483 581	

Zeit dem Jahre 1921 ist also eine stetige Zunahme des Exports der bezeichneten Porzellanwaren zu erkennen, und wenn sie weiter so anhält, wird im Jahre 1927 die Mengenstärke vom Jahre 1918 wieder erreicht sein. Das Porzellangeschirre, farbig, hat ja keine Mengenziffer vom letzten Vorjahresjahr um 1918 Doppelzentner überschritten, während die anderen Positionen noch darunter liegen.

Um die Ueberfülle zu veranschauligen, um neben den Mengen auch den Wert der Ausfuhr erkennen zu können, folgt noch eine Uebersicht über die Preisbewegung:

	1926	1925	1924	1919
Porzellan, weiß	172,24	171,04	160,85	193,79
Porzellangeschirre, farbig	184,10	183,54	170,10	83,7
Figuren, Vasen	424,70	396,20	429,83	192,-
Zigarettenstempel u. a.	162,70	160,70	144,65	140,11

Bei dieser Darstellung stellt sich vor allem die Preissteigerung bei Figuren und Vasen auf, die in der Qualitätsverbesserung begründet ist.

Die Hauptabnehmer der bezeichneten Porzellanarten sind der Menge nach: Vereinigte Staaten Amerikas, Großbritannien, Niederlande, Italien, Schweiz, Dänemark, Spanien, Schweden, Estland, Kanada, Brasilien, Südamerika, Belgien u. a. Amerika nahm im Jahre 1925 insgesamt 108.501 Doppelzentner, England 83.800 Doppelzentner der genannten Porzellanwaren auf. Im Jahre 1926 waren es bei Amerika 119.608 Doppelzentner und bei England 97.018 Doppelzentner.

Aus den Angaben läßt sich entnehmen, wie wichtig der Inlandsabsatz für die deutsche Porzellanindustrie ist.

Man nehme einige Ausführungen über den Inlandsabsatz. Er zeigt nicht die stetige Aufwärtsentwicklung wie der Export, weil er durch die Kriegsjahre in Deutschland zu stark beeinträchtigt wird. Jede Verminderung der Kaufkraft durch Verwerthungslosigkeit oder Vorkriegsbeziehung wirkt sich auf ihn aus. Das Jahr 1926 mit seinen Voluminderungen und den Millionen Erwerbslosen war sehr ungünstig für den Inlandsabsatz. Ganz einmündig stimmen wie über die Ursache stehen ja nicht zur Verfügung, aber die vorhandenen Zahlen doch einige Schlüsse zu.

Für das Jahr 1925 weisen die genannten Verbände einen Inlandsabsatz von 34.200 Doppelzentnern der bezeichneten Warenarten aus. Rechnet man dazu noch die 14.353 Doppelzentner Export hinzu, so ergibt sich eine Produktionsmenge von 48.553 Doppelzentnern oder 79,7 Proz. der Produktionskapazität. Im Jahre 1926 waren es nach den Angaben der genannten Verbände 48.100. Dazu kommen noch 105.994 Doppelzentner Export, so daß eine Gesamtproduktionsmenge von 154.094 Doppelzentnern, d. h. fast 100 Prozent der Produktionskapazität erreicht wurde. Die Produktionskapazität wurde im Jahr 1926 mit 71 Proz. ausgenutzt.

Für die Porzellanindustrie wäre ein gesetzlicher und normaler Inlandsabsatz eine Notwendigkeit. Er läßt sich jedoch nur herbeiführen, wenn die Kaufkraft der gesamten Bevölkerung auf einen höheren Normalstand gebracht wird. Aber die deutschen Industriellen sind noch weit davon entfernt, diese Notwendigkeit einzusehen. Ja, nicht einmal die Porzellanindustriellen wollen sie einsehen, trotzdem ihr Abgang darunter leidet.

Porzellanreklame allein genügt nicht.

Die Porzellanverbände veranstalten eine Stoffweklame, um den Inlandsabsatz zu heben. Die Händler haben Anteil daran bereitgestellt, und zeigten beachtenswerthes Entgegenkommen und Verständnis. Auch die Fabrikanten beteiligen sich intensiv daran. Es ist inzwischen die Rohmaterialhersteller zur Beteiligung bereit erklärten, ist uns nicht bekannt geworden.

Das Preisausstreichen hatte ebenfalls Erfolg. Mit dem ersten Preis bedachte das Schiedsgericht den Spruch: „Dein Preis — deine Welt, kein Geld — Porzellan.“ Der zweite Preis fiel auf den Spruch: „Mehr Porzellan ins deutsche Heim“, und ein weiterer des Inhalts: „Porzellan ist Kultur“ wurde mit dem dritten Preis gekrönt.

Ob mit diesen an sich nicht blöden Sinnen große Reklameeffekte erzielt werden können, ist wohl fraglich, denn man kann sich nicht gut vorstellen, daß die großen Käuferkreise sich durch authentische Reklame zum Kaufen anregen lassen. Die große Reklamekraft verlangt schon derbere, volkstümlichere Sätze. Das der Inlandsabsatz an Porzellan viel größer sein könnte, zeigen einige Zahlen. Nach den Berechnungen von Beckert betrug der Porzellanverbrauch im Jahre 1925 in Deutschland pro Kopf 1 Mk., 1926 nur noch 8 Pf. In anderen Ländern werden nachstehenden von 4, 6, 8 und 12 Mk. erreicht. Viele der Porzellanfabriken um 10 Proz., alle von 1 Mk. auf 1,50 Mk. pro Kopf steigern, so wäre die Porzellanindustrie voll befähigt eine entsprechende Steigerung der Produktion zu bewerkstelligen. An sich wäre es auch für die Porzellanarbeiterkraft erwünscht, wenn der Inlandsabsatz für Porzellan ausgebaut werden könnte, denn Sicherung des Ab Absatzes der Porzellanindustrie zur Folge. Nur wird die Kaufkraft des deutschen Volkes nicht durch Reklame gehoben. Daran kommt der Reklameweltanschauung zu liegen. Die Porzellanfabriken brauchen Maßnahmen von Verbraucherschutz, weil die kaufkräftigsten Kreise weniger Wert auf ein porzellanweißes Porzellan, vor allem weißes Porzellan, und höchste Qualität legen, sondern mehr für Autos, Reisen, Sport und andere Dinge haben.

Ein besonderes Augenmerk müssen die Reklamedirektoren mit auf die öffentlichen Vernehmungen und Erhebungen richten. Was dort für Preis und mancherlei geäußerte Besorgnisse den Köpfen vorkommen, ist kaum glaublich. Dazu sind öffentlichen Erhebungen sollte die Öffentlichkeit auf diese Mängel hingewiesen werden. Von Porzellan ist Kultur“ läßt sich in der großen Mehrheit öffentlicher Vorkale noch nicht abzweigen be-

merken. Die Porzellanpropaganda müssen sich selbst überzeugen und in den Lokalen Umschau halten.

Ein Nachteil für den Porzellanabsatz im Inlande ist auch der Umstand, daß die Porzellanfabriken selbst keine Waren verkaufen. Jede Porzellanfabrik, vor allem die in Gegenden mit Fremdenverkehr, sollte, da Besuche nicht gestattet sind, die Leute durch eine preiswürdige Verkaufsräumlichkeit zum Kauf anlocken. So mancher Gegenstand würde auf diese Weise an den Mann gebracht werden, weil der Kauf in der Fabrik einen viel größeren Anreiz bietet als der Kauf in einem Geschäft. Wenn schon die große Masse des Volkes durch Reklame zum Kauf von Porzellan angezogen werden soll, dann müßten alle Möglichkeiten dazu gegeben sein. Die Staatlichen Porzellanmanufakturen konnten auf diesem Gebiet ja genug Erfahrungen sammeln und wären schließlich bereit, den Porzellanfabriken Hilfe und jene Anklänge zu geben. Eine große Reklamekraft wäre am Platze und brächte sicher einen erheblichen Erfolg.

Die Propagandaabteilung der Interessengemeinschaft sollte alle Möglichkeiten prüfen, den Porzellanabsatz zu heben und nicht nur durch kostspielige Reklame, die doch letzten Endes die Händen zu bezahlen haben, versuchen, eine erhebliche Tätigkeit zu entfalten.

Die Reklame allein macht es nicht.

Mehr als rentabel.

Die Steingutfabrik Goldig A.-G. in Goldig gehört mit zu den geminnlichsten Werken der keramikischen Industrie. Sie verteilt nicht nur regelmäßig hohe Dividenden, sondern entwickelt sich in einer Art, wie man es kaum für möglich halten sollte. Von Amerika bekam die Firma eine Anleihe von 1.000.000 Mk. Die zum Aufbau der Steingutfabrik Goldig A.-G. im Jahre 1921 bis zum Ausbau verwendet wurden. Das neue lauge Werk in Stafel hat 10 Etagen und beschäftigt 300 Arbeiter und Arbeiterinnen. Es ist ab 1. April von der Steingutfabrik Goldig übernommen worden. Die Aktionäre der Steingutfabrik Goldig A.-G. merken nichts von Krisenzeiten. Sie bekamen 1924, 1925 und 1926 ihre 10 Proz. Dividende auf die Stammaktien und brauchen sich auch keine Sorgen um die Zukunft zu machen. Die Anleihe wird sie ebenso wenig bedrücken wie die Neubauten und Erweiterungen selber, die stets eine noch bessere Geschäftsausbeute ermöglichen. Mit dem Erwerb der Steingutfabrik Goldig wurde der Plan zum Bau eines neuen Werkes in Weibern an der Elbe fallen gelassen. Die Firmenleitung läßt wissen, daß sie zurzeit mit Aufträgen reichlich am versehen ist, allerdings immer zu gedrückten Preisen. Na, wenn die gedrückten Preise für das Jahr 1926 noch 10 Proz. Dividende ermöglichen, können sie für die Gewinnchancen doch nicht so gefährlich sein.

In 5 Wochen 150 Renaufnahmen.

150 Renaufnahmen sind den Funktionären der Zieglerkollegien Sommerfeld zu verdanken. Ihre rührige Agitation und Mitarbeit brachte den Erfolg. Sie haben erkannt, daß nur Eingetragene und Geschäftsbereitschaft in einer Organisation etwas Gutes für die Kollegen bringen kann.

Das Jahr 1926 war für die Zieglerkollegen ein sehr leichtes und schweres, einmal infolge der Vertriebsaussetzungen, dann infolge des einmaligen Lohnabbaues, auf welchen die Unternehmer in Sommerfeld drückten. Sie glaubten nämlich, durch Herabsetzung der Löhne würde sich das Geschäft auf dem Bauplatz beleben. Sie mußten aber bald erkennen, daß das nicht der Fall war, sondern daß ganz andere Gründe vorhanden waren, welche den Bauplatz lahmlegten. Obwohl im Monat Juni 1926 der Bauplatz schon wieder einigermaßen belebt war, und das Geschäft so einigermaßen ging, hatten die Unternehmer den Appetit nicht verloren und drängten abermals auf Lohnabbau hin. Nur Entlassung der Löhne für Produkte der Zieglerindustrie konnte den Bauplatz wieder beleben. Das war die Meinung der Zieglerindustriellen. Lohnsenkungspolitik wurde von den Herren Unternehmern getrieben nach allen Regeln der Kunst. Unsere Kollegen hatten ja auch ihr Gehren daraus gezogen, und so konnte auch ein dritter Lohnabbau im September 1926 verhindert werden. Trotz des kleinen Geschäftes in der Zieglerindustrie, wie es die Herren Unternehmer immer einstellen, ist doch in diesen Betrieben ein ganz guter Ueberflus erzielt worden.

Nachdem der Tarif abgeschlossen war, mußten neue Lohnverhandlungen herbeigeführt werden. Im Frühjahr 1927 setzte das Geschäft gut ein, und in mancher Ziegelei war kein Stein mehr zu sehen. Trotzdem war das Schicksal der Unternehmer immer noch das alte. Wenn auch nun in den Verhandlungen der Lohn von 17 Pf. auf 24 Pf. heraufgesetzt wurde, so können wir mit aller Zuversicht sagen, daß das die Ziegler noch lange nicht befriedigt. Man wird jetzt immer sehen, daß die Steine in der Ziegelei weggehen, wie beim Väter der warmen Sommer. Auch über die Preise kann man so allerbald erfahren. Ein altes Sprichwort sagt ja mit Recht, Nachfrage und Angebot regulieren den Preis. Dieses haben die Unternehmer nicht verlernt. Hoffentlich befeuern sich die Organisation noch fernstehenden Ziegler recht bald darauf, daß auch sie in die Organisation hineingehören und für Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen mitzukämpfen haben. Denn Lohnabbau hat Nachfragen. Wenn alle Ziegler, die heute noch abwärts streben, sich der Worte bewußt sind, werden in Zukunft andere Ergebnisse erzielt werden können.

Eine besondere Art Unternehmer ist Dr. Gentschel in Kunzendorf. Sogar er behauptet, daß die Arbeiter erst recht viel Hunger verspüren müssen, daß die Betriebe erst stillstehen würden müssen, um die Arbeiter dann für 25 Pf. Zunderlohn zu bekommen. Die Gewerkschaften werden die größten Entscheidungen am Volkskörper und in der Volkswirtschaft. Wir nehmen es dem Herrn nicht übel, daß er in allerhöchster Nähe der Landesirrenanstalt Sora steht.

Oh, wehe auch, Ziegeleiarbeiter, wenn Dr. Gentschel Reichsarbeitsminister würde, dann ginge es euch schlecht. Wir empfehlen Dr. Gentschel, nach Italien zu ziehen, dort werden ihm nicht noch kleine Wunden zugebracht.

Noch ein dieser Vorkommnisse müssen die noch ankommenden Ziegler sich endlich anerkennen und die Gewerkschaften abwarten. Gehen in den keramikischen Bund! und ihre Stimme sein. Der letzte Mann gehört zu uns.

Wollgen, jetzt für eine reifliche Transformation in einen Betrieben. Alles gehört in den keramikischen Bund. Denn ist das Fehlen der Lohnsenkungspolitik der Herren Unternehmer vorbei.

Dann kommt zur Geltung: Volkswirtschaft und Wirtschaft. Max Warrt.

Anschluß an den Verband bringt Erfolg.

Von Lohnstreikaktionen in meinem Betriebe ist mir nichts bekannt, ich habe mich mit den Arbeitern angefaßt! So oder ähnlich lauten Hunderte von Schreiben, die den Gewerkschaften oder den Schlichtungsausschüssen von Unternehmern zugehen. Jeder weiß genau, wie solche Schreiben zu bewerten sind. In der meisten Fällen reicht im Betriebe kein Mensch etwas von einer Verhandlung und wo es der Fall ist, da ist der Größte für die Arbeiter gleich Null. In Betrieben, wo eine gut organisierte Delegiertenvorstand ist, kommen in derlei Dinge kaum vor. Hier soll aber einmal ein Betrieb gezeigt werden als warmendes Beispiel für alle diejenigen, die immer glauben, auch ohne den Verband zum Ziele zu kommen.

Es handelt sich um das Dachsteinwerk Punitzer bei der bei Punitzer. Unter den Ziegeleikollegen ist das Werk und der Betrieb längst bekannt geworden. Es ist ein großer moderner Betrieb mit über 100 Arbeitern, die Sommer und Winter zu tun haben. Alle Neuerwerbungen, die dem Betriebe

